

Zeitschrift: Aarburger Neujahrsblatt
Band: - (1996)

Artikel: Aarburg vor 100 Jahren
Autor: Hottiger, Otto
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-787764>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 08.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Aarburg vor 100 Jahren

Otto Hottiger, Aarburg

Um es vorweg zu nehmen: dieser Beitrag bezweckt nicht die chronologische Auflistung von Geschehnissen in der Gemeinde zu Ende des 19. Jahrhunderts. Dagegen soll er einen Einblick vermitteln in einzelne Sachgebiete, die Bevölkerung und Behörden in jener Zeit vornehmlich beschäftigten. Die im Beitrag wiedergegebenen Berichte wurden vorwiegend den Rechenschaftsberichten des Gemeinderates über seine Geschäftsführung in den Jahren vor und nach der Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert, den Protokollen der Einwohner- und Ortsbürgergemeindeversammlungen sowie teilweise den Gemeinderatsakten entnommen.

Die Sichtung des einschlägigen Schriftgutes ergab zum Teil überraschende Einblicke in die Lebensgewohnheiten der Einwohner unserer Gemeinde zu jener Zeit. Sie lässt zudem Rückschlüsse zu auf die vorherrschenden Meinungen über das Verhalten einzelner Mitmenschen. Und schliesslich kann mit einigem Erstaunen festgestellt werden, dass gewisse Problemkreise den heutigen auffallend ähnlich waren, obwohl die Voraussetzungen und Begleitumstände heute doch wesentlich anders sind als sie damals waren. Der vorliegende Beitrag ist deshalb nicht eine genaue Wiedergabe des Geschehens im Zeitraum, auf den er sich bezieht; es sind mehr Streiflichter, die uns einen flüchtigen Eindruck auf das Leben in der Gemeinde vermitteln sollen. Eine Erscheinung ist unübersehbar: die Vorstellungen, die wir von der hin und wieder so gerühmten «guten alten Zeit» haben, sind nicht unbedingt zutreffend. Und noch etwas: die Leistungen unserer Vorfahren verdienen unsere Bewunderung, wenn wir uns bewusst werden, über welche bescheidenen technische und finanzielle Mittel sie verfügten. Die sich in den

gemeinderätlichen Rechenschaftsberichten öfter wiederholende Bemerkung, diese oder jene Tat werde zur Nachahmung empfohlen, hätte auch heute noch ihre Berechtigung.

Aber nun soll der Chronist zu Wort kommen. Er schreibt unter anderem im Jahre 1887:

«Der Gemeinderat stellt mit Genugtuung fest, dass die Verdienstverhältnisse in unserer Gemeinde im allgemeinen gut sind. Die vielen Fabrikations- und Handelsgeschäfte bringen Verdienst, so dass, wer arbeiten will, sein Auskommen findet. Zu bedauern ist allerdings, dass wegen des Mangels an Arbeitskräften, besonders weiblichen, einige ansässige Unternehmen gezwungen waren, ihr Geschäft ganz oder teilweise nach anderen, weniger industrialisierten, Gemeinden zu verlegen (heute sind es der starke Schweizerfranken, die im Vergleich zum Ausland zu hohen Produktionskosten und die angeblich ungünstigen Rahmenbedingungen für die Wirtschaft, welche zu diesem Ergebnis führen; Bemerkung des Verfassers). Diese Erscheinung ist erklärlich: wegen des Mangels an Wohnungen können keine fremden Arbeitskräfte zuziehen. Zwar wird mitunter behauptet, es sei für die Gemeinde gar nicht von Vorteil, wenn von auswärts her Arbeitskräfte zugezogen würden, da dadurch nur die Schülerzahlen steigen und auf anderem Gebiete Aufwendungen (Infrastruktur!) entstehen würden, ohne dass anderseits die Steuerkraft der Gemeinde wesentlich steige. Dem ist entgegenzuhalten, dass zwar durch den Zuzug neuer Arbeitskräfte und damit Einwohner die Gemeindelasten sich zwar erhöhen, dagegen aber neue Geschäfte entstehen oder bereits bestehende sich erweitern. Je mehr Handel und Indu-

strie blühen, desto wohlhabender wird die Gemeinde.»

So weit die damalige Meinung des Gemeinderates. Sind die heutigen Zustände, verglichen mit denen vor rund 100 Jahren, so völlig anders? Wir wagen es zu bezweifeln.

Die Rolle der Frau

Wie damals die Rolle der Frau, insbesondere der Hausfrau, in der menschlichen Gemeinschaft beurteilt wurde, zeigt der Bericht der Armenkommission an die Gemeindeversammlung auf. Sie berichtet darüber unter anderem:

«Es scheint, besonders in ärmeren Familien, ein weiterer Übelstand einreissen zu wollen, nämlich der Hang der Hausfrauen zur Teilnahme an den von verschiedenen Sekten jeweils abends veranstalteten religiösen Versammlungen. In den meisten Fällen ist indes nicht religiöses Bedürfnis die Triebfeder, sondern es ist den betreffenden Frauen darum zu tun, unter dem Schein der Religiosität sich den notwendigen häuslichen Arbeiten, wie Flickern von Kleinkleidern oder anderen unangenehmen häuslichen Arbeiten, zu entziehen. Dass das zur Verlotterung des Familienlebens führen muss, liegt auf der Hand. Der Mann hat daheim keine Häuslichkeit, die Kinder werden verwahrlost, und es reisst die Armut ein. Diese Frauen täten besser, von morgens früh bis abends spät sich um ihre Familien zu kümmern, dem Manne beim Erwerb mitzuhelfen und ihre freie Zeit der Kindererziehung zu widmen, als in fanatische Versammlungen zu laufen und sich den Kopf verdrehen zu lassen. So ist erst in letzter Zeit eine früher tüchtige Hausmutter, jetzt Witwe mit mehreren unerzogenen Kindern, in einen solchen Zustand gekommen, dass sie in die Irrenanstalt verbracht werden

musste. Die Irrenärzte erklären, die unglückliche Frau leide an religiösem Wahnsinn. Die Armenkommission glaubt, es sollten von oben herab Mittel gesucht werden, um diesem Unwesen zu steuern.»

Bemerkenswert und gleichzeitig aufschlussreich bezüglich der vorherrschenden Meinung über die Rolle der Frau dürfte auch die nachstehende Notiz sein:

«Auf Anregung der Kulturgesellschaft wurde auch diesen Winter (1894/95) wieder eine weibliche Fortbildungsschule, verbunden mit einem Glättkurs, errichtet. Leider wurde diese Schule nur schwach besucht. Wir möchten den jungen Töchtern angelegentlich empfehlen, von der ihnen gebotenen Aus- und Weiterbildungsmöglichkeit Gebrauch zu machen. Es wird in diesen Kursen Gelegenheit geboten, sich Kenntnisse anzueignen, welche sie später als Hausfrauen sehr zu Nutzen ziehen können.»

(Bedauerlicherweise lässt sich aus den uns zur Verfügung stehenden Unterlagen nicht feststellen, welche Kenntnisse in diesen Kursen vermittelt wurden; anzunehmen ist, sie seien hauswirtschaftlicher Natur gewesen). — Die geringe Neigung der Töchter, die eben erst dem Schulalter entwachsen waren, sich in der Hauswirtschaft ausbilden zu lassen, muss damals weit verbreitet gewesen sein. In einem Bericht der Schulpflege wird unter anderem festgestellt:

«Der Versuch, wieder eine Haushaltungsschule für der Schule entlassene Töchter ins Leben zu rufen, schlug fehl. Wir können nicht glauben, dass ein solcher Kurs für unsere Gemeinde so ganz überflüssig wäre und ebensowenig, dass die Freude, sich in den für die Führung eines Hauswesens nötigen Fertigkeiten zu vervollkommen, hier so ganz fehle. Vielmehr ist anzunehmen, die reservierte Haltung einem solchen Institute gegenüber in den hiesigen Arbeitsverhältnissen suchen zu müssen.»

Armenwesen

In ein wenig günstiges Licht wird das Verhalten einzelner Bürger gestellt, wird doch in einem entsprechenden Bericht des Gemeinderates an die Stimmbürger kräftig geklagt. So steht da unter anderem zu lesen:

«Geschäfte bemühender Natur sind hauptsächlich die Unterstützungsgesuche von liederlichen und arbeitsscheuen Personen beiderlei Geschlechts in und ausser der Gemeinde und von solchen, welche gesund und stark sind, jedoch nicht arbeiten wollen, bei denen statt Unterstützung die Zuchtrute am Platze wäre; Eltern, die imstande wären, sich und ihre Kinder redlich durchzubringen, es aber vorziehen, ihren Lohn zu verschnapsen und auf der anderen Seite die Hilfe der Armenkasse in Anspruch zu nehmen. Das Schnapstrinken ist hier kein allgemeines Übel; dennoch gibt es einzelne Familien und Personen, die dem Schnapstrunke ergeben sind und auch andere noch dazu verfolgen. Gerade diese Sorte von Gemeindebürgern nimmt die Armenkasse am stärksten in Anspruch.»

Im Anschluss daran wird in Aussicht gestellt, Armenkommission und Gemeinderat würden in Zukunft gegen arbeitsscheue und liederliche Bürger mit aller Strenge vorgehen und hauptsächlich Versetzung in die Zwangsarbeitsanstalt anstreben. Um sich eines missliebigen Mitbürgers zu entledigen, schien den Behörden ein anderes Mittel als angebracht: man bewog sie zur Auswanderung ins Ausland!

So ist unter anderem der Hinweis zu finden:

«Dem K. H., Sattler, der den Behörden schon viele Mühe verursacht, wurden von der Gemeinde die Kosten zur Auswanderung nach Amerika bewilligt. Nachrichten von demselben sind seither nicht eingelangt.»

Mit Mitbürgern, deren Lebensweise nicht der mehrheitlich gängigen Norm entsprach, ging man hart ins Gericht. So berichtet die Armen-

kommission (ein behördliches ortsbürgerliches Organ), sie tue ihr Möglichstes, um die Armut zu lindern, die Gemeindefinanzen dabei aber so gut als möglich zu schonen. Gleichzeitig klagt sie aber bitter über eine Anzahl Bürger,

«welche trotz verhältnismässig günstiger Verdienstmöglichkeiten keiner beständigen Arbeit nachgehen wollten, sondern es vorzögen, nur ein bis zwei Tage in der Woche etwa Holz zu spalten, um nachher am schönen Aarestrande schlendernd die übrigen Wochentage im Müssiggang zuzubringen. Gerade diese liederlichen Leute verursachten dann der Armenkasse immer am meisten Kosten. Um dem Übelstand einigermassen abzu- helfen, rufe sie auf zur Unterstützung durch die recht denkenden Bürger in der Weise, dass ihr Anzeige gemacht werde, falls passende Arbeiten vorhanden seien. So könne den arbeitsscheuen Mitbürgern Arbeit und Verdienst zugewiesen werden. Für strenge Beaufsichtigung werde gesorgt. Wer dann immer noch nicht arbeiten wolle, habe mit schärferen Massregeln zu rechnen, wie zum Beispiel Versetzung in die Zwangsarbeitsanstalt. Die Behörden seien es müde, sich stets mit solch arbeitsscheuem Gesindel beschäftigen zu müssen.»

Über einen Mitbürger, der offenbar ebenfalls nach dem Motto lebte: «Thun ist schön, Nichtstun ist schöner» enthält das Gemeinderatsprotokoll folgenden Artikel:

«F. W., Spengler, welcher unlängst wegen Bettelei und Vagantität auf dem Polizeischub der Gemeinde zugeführt worden ist und sich seither noch zu keiner beständigen Arbeit bequemt hat, hat erneut zu Klagen Anlass gegeben. Er ist dieser Tage vom Polizeikorporal S. aufgegriffen worden, als er im Brüschofz Weibspersonen in zudringlicher Weise belästigt und verfolgt habe.»

Darüber ob dieser Vorfall für den unbotmässigen Mitbürger irgendwelche Sanktionen zur Folge hatte, schweigt sich das Gemeinderatsprotokoll aus.

Die Armut war offenbar weit verbreitet. Das verlockte mitunter die Eltern dazu, ihre (noch schulpflichtigen) Kinder in der Fabrik arbeiten oder für bestimmte Fabrikationsbetriebe Heimarbeit verrichten zu lassen. So wird unter anderem darüber berichtet, der Gemeinderat habe sich veranlasst gesehen, die Inhaber der in der Gemeinde ansässigen Strickwarenfabrik aufzufordern, Schüler unter 14 Jahren von der Arbeit zurückzuweisen und die älteren nur während einer beschränkten Zeitdauer zu beschäftigen.

Verglichen mit den heutigen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Verhältnissen, lebte die Bevölkerung zu Ausgang des 19. Jahrhunderts mehrheitlich äusserst bescheiden. Und es gab auch damals schon Randgruppen, die Not litten und denen mitunter aus öffentlichen Mitteln geholfen werden musste. Bemerkenswert sind die Umstände, welche die damaligen Armeebehörden als Ursachen von Notlagen zu erkennen glaubten. Nach dem Rechenschaftsbericht des Gemeinderates für das Jahr 1893 sind es folgende Motive:

«1. Vernachlässigung der Elternpflichten von in und ausser der Gemeinde wohnenden Gemeindebürgern.

2. Das nur allzu beliebte, willkürliche Tagelöhnersystem am Platze der Ergreifung einer beständigen, wenn auch scheinbar momentan weniger lohnenden Beschäftigung.

3. Die sich mehrenden, aufleichtsinnige Weise abgeschlossenen Ehen.

4. Die überhandnehmende Arbeitsscheu, Trunksucht und Verkommenheit.

5. Die den Gemeinden zufallenden erheblichen Kosten für in die Zwangserziehungsanstalt unterzubringenden Bürger.»

Es steht uns nicht an, diese Beurteilung zu werten. Wir geben sie an dieser Stelle einfach so wieder, wie die damaligen Behörden sie aus ihrer Sicht zu erkennen glaubten. Die Gründe, die als Ursache für die Gewährung öffentlicher Unterstüt-

zung genannt werden, geben indes einen überraschenden Einblick in die Verhaltensweise eines bestimmt nur die Minderheit bildenden Teils der Bevölkerung. — Dass die finanziellen Aufwendungen für das Armenwesen damals ausschliesslich zu Lasten der Ortsbürgergemeinde gingen, sei nur nebenbei erwähnt.

Ernährung der unteren Bevölkerungsschichten

Die Art der *Ernährung der unteren Bevölkerungsschichten*, welche vorwiegend als Fabrikarbeiter tätig waren, führte 1886 zu einer Kontroverse zwischen dem eidgenössischen Fabrikinspektorat und dem Gemeinderat, die sogar in der Presse ihren Niederschlag fand. So muss der Fabrikinspektor sich in einem im «Zofinger Tagblatt» abgedruckten Bericht geäussert haben, «in Aarburg scheine Mais als Nahrung eine grosse Rolle zu spielen. Roher Speck und Schnaps seien das tägliche Nahrungsmittel der ärmeren Arbeiterklasse.» Diese Aussage wollte und konnte der Gemeinderat nicht unwidersprochen bleiben lassen. Er replizierte:

«Da es einer Ortschaft, insbesondere einer gewerbereichen, nicht gleichgültig sein kann, wie sie beurteilt wird, hat der Gemeinderat nähere Untersuchungen anstellen lassen. Diese haben ergeben, dass die Behauptungen des Fabrikinspektors, soweit er sie überhaupt so aufgestellt hat, unrichtig sind. So ist jedenfalls der Maisverbrauch in unserer Gemeinde ganz unbedeutend, nicht der Rede wert. Dagegen wird viel Fleisch konsumiert, jedenfalls mehr als in vielen anderen Fabrikgegenden, was mittelst der Kontrolle des Fleischschauers leicht zu belegen ist. Auch der Schnapsverbrauch ist nicht grösser als an andern Orten, und roher Speck ist in Aarburg so wenig als anderswo das tägliche Nahrungsmittel der ärmeren Bevölkerung. Tatsache ist, dass sich die hiesige Fabrikbevölkerung ausschliesslich mit Mehlspeisen, Milch, Fleisch und

Gemüse ernährt, welche Artikel leicht und zu üblichen Preisen zu bekommen sind. Der Beweis dafür, dass sich die Leute hier ebenso gut ernähren als an andern Orten, liegt in der nicht zu leugnenden Tatsache, dass die hiesigen Arbeiter und Arbeiterinnen mit wenig Ausnahmen ein gesundes und kräftiges Aussehen haben. Die Lohnverhältnisse sind im allgemeinen gut; der rechte Arbeiter ist nicht gezwungen, sich mit den geringsten Nahrungsmitteln zu begnügen.»

So weit die Auseinandersetzung mit dem eidgenössischen Fabrikinspektor; der Verdacht, der Fabrikinspektor habe entweder einseitig berichtet oder sei irgendwelchen Gerüchten erlegen, ist nicht von der Hand zu weisen.

Aus dem Schulwesen

«Unsere Schulen zählten im verflossenen Jahr (1894/95) 345 Kinder, die Kleinkinderschule nicht eingerechnet. Das würde auf eine der 6 Abteilungen 57—58 Schüler treffen. Tatsächlich stehen aber 3 Abteilungen unter dieser Durchschnittszahl, während die Bezirksschule über 60, die beiden Unterschulen über 70 Schüler hatten. Und wenn diese 70 Kinder, wie das in unserer Gemeinde noch der Fall ist, in einem ungenügenden Raum zusammengepfercht werden müssen, zu 5 und 6 an einem vierplätzigen Tische, dann dürfen wohl die wiederholten Reklamationen der oberen Schulbehörden nicht als unberechtigt übersehen werden. Weil aber über die Art und Weise, wie geholfen werden soll, die Meinungen in guten Treuen auseinandergehen können, rufen wir die gesamte Einwohnerschaft auf, gemeinschaftlich mit den Behörden auf die geeignetste, aber baldige Beseitigung dieses Übelstandes hinzuwirken.»

Für das Schuljahr 1895/96 meldet der Rechenschaftsbericht des Gemeinderates folgende Schülerzahlen: Bezirksschule 70, Fortbildungsschule (Sekundarschule) 35, Mittelschule A 45, Mittelschule

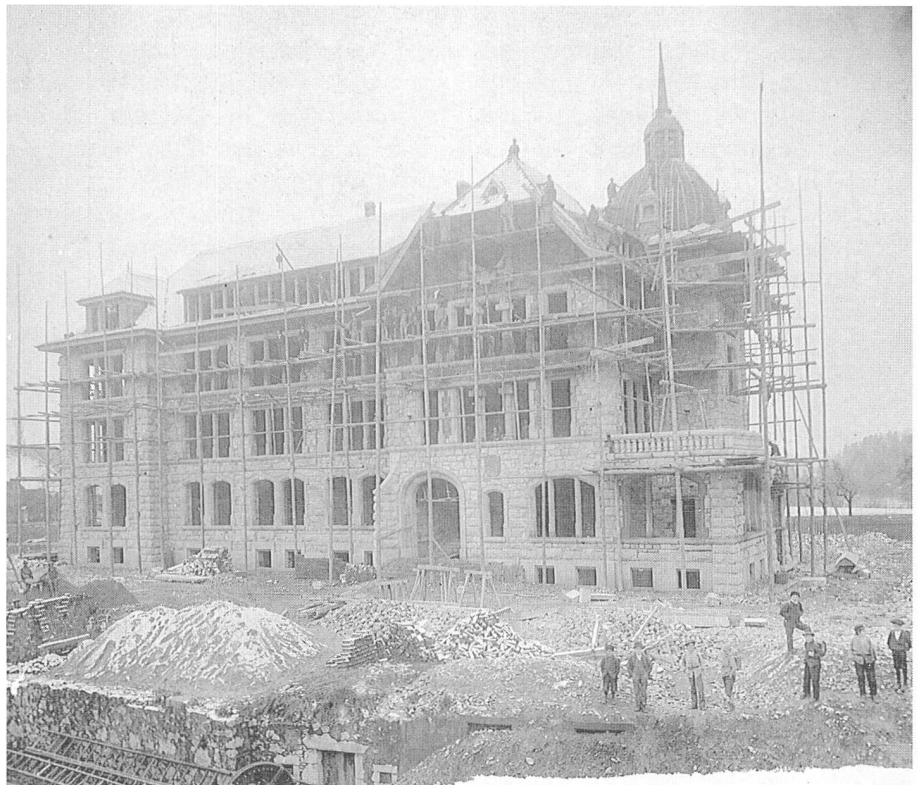
B 48, Unterschule A 75 und Unterschule B 78. Bei der Kleinkinderschule variierte die Zahl zwischen 35 und 40.

Dass die Schaffung zusätzlicher Unterrichtsräume nötig war, erhellt aus folgenden Angaben:

«Die Frage der Entlastung beider Unterschulen bildete ein Haupttraktandum. Vor 30 Jahren wurde vorübergehend — wie man damals sagte — die Primarschule um eine vermindert. Die jetzigen Verhältnisse und mit ihnen die Oberbehörden verlangen gebieterisch eine Wiederherstellung der früheren Organisation. Dem hat die Gemeinde durch Kreditierung einer neuen Schule entsprochen. Möge diese, sei's durch Umbau des jetzigen Schulhauses, sei's durch Miete eines Lokales in einem Privathaus oder gar durch den Bau eines neuen Schulhauses ein angenehmes, zweckentsprechendes Heim finden.»

Die Pläne für einen Um- bzw. Ausbau des bestehenden Schulhauses oder gar für den Bau eines neuen Schulhauses liessen sich nicht so rasch verwirklichen, wie das nicht bloss erwünscht, sondern nötig geworden wäre. Der «Notschrei» im Rechenschaftsbericht des Gemeinderates aus dem Jahre 1898 belegt das unüberhörbar:

«In einem früheren Bericht haben wir bemerkt, dass der Raum in mehreren Gemeindeschullokalen, insbesondere bei den Mittelschulen, wahre Kalamitäten hervorruft. Dazu kommt, dass die Schülerzahl allein im letzten Jahre um 22 = ca. 12% zugenommen hat. Es ist kaum anzunehmen, dass diese Zahlen in Zukunft sinken werden. Nun ist einer der Mittelschullehrer genötigt, selbst wenn an 4-Plätzertischen 5 Kinder gesetzt werden, Pult und Schrank aus dem Schulzimmer zu entfernen, damit die Schüler Platz finden. Und die zuvorderst sitzenden Schüler können von ihrem Platze aus mit den Händen die vor ihnen stehende Wand erreichen. In der anderen Mittelschule sind die Verhältnisse um nichts besser. Ein Fortbestehen solcher gesetzwidriger, den Unterricht und die Gesundheit der Schüler



Das Gemeindeschulhaus während des Baus im Winter 1902/03. Im Vordergrund die zugeschüttete Parterrewohnung des alten Herrenspittels.

schädigender Zustände, kann mit Wissen und Willen der Behörden, der Bürgerschaft und namentlich der Eltern unserer Schüler nicht länger geduldet werden.»

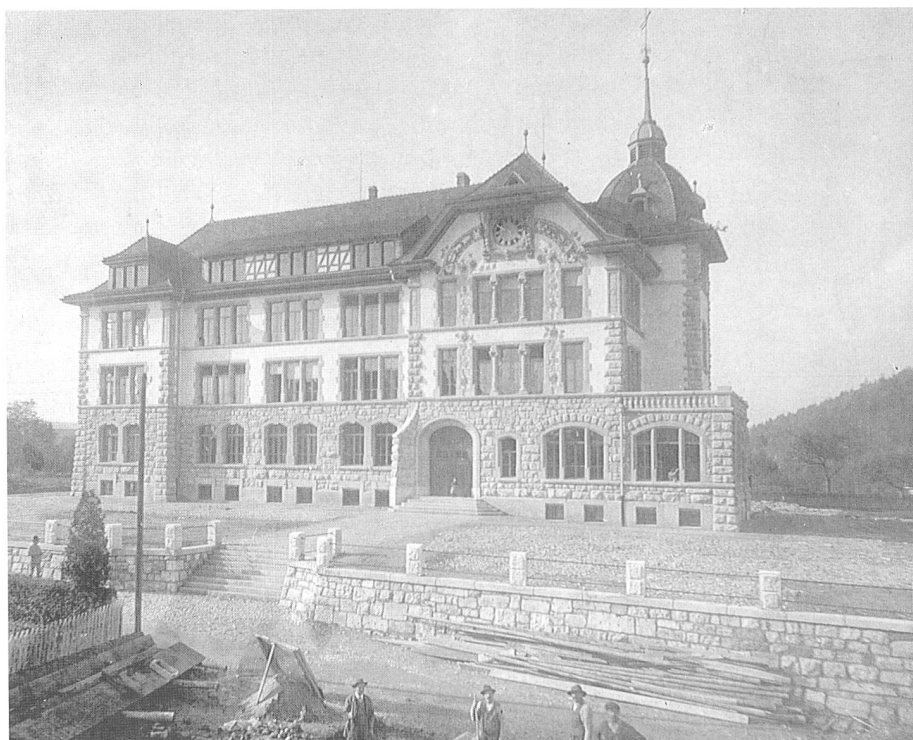
Diesem Notschrei folgt ein eindringlicher Appell an die Einwohnerschaft, die (so gemäss den Angaben im Rechenschaftsbericht) stets den Ruf einer schulfreundlichen genoss, die Anträge, welche die Behörden nächstens aufgrund vorgenommener Expertisen und reiflicher Erwägungen der Gemeindeversammlung vorlegen würden, ohne Vorurteil und mit Rücksicht auf das allgemeine Wohl zu prüfen. Der Aufruf gibt der Erwartung Ausdruck, die von der Gemeindeversammlung zu fassenden Beschlüsse möchten der Gemeinde zum Segen gereichen, «damit die späteren Geschlechter die edle Gemeinnützigkeit ihrer Vorfahren rühmen können». (Ob die Nachfahren der heutigen Generation das dereinst wohl auch tun können?). Nichts konnte die Schulraumnot besser belegen, als der Bericht aus dem Jahre 1896:

«Unterrichtsstörungen von Belang kamen nicht vor, doch mussten zwei

Lehrkräfte wegen Krankheit für einige Zeit sich vertreten lassen. Im einen Falle unterliegt es keinem Zweifel, dass die Arbeitslast und die verdorbene Luft in überfülltem Räume die Gesundheit des sonst so rüstigen Mannes ernstlich bedroht hatte. Dass aber auch die Lungen der Kinder in solch ungünstiger Atmosphäre Schaden leiden, braucht wohl nicht erst gesagt zu werden.»

Nun, der Mangel an zweckdienlichem Schulraum konnte kurz nach der Jahrhundertwende beseitigt werden. Nicht geringe Schwierigkeiten planerischer, technischer und finanzieller Natur wurden schliesslich überwunden. Die Stimmung, die damals geherrscht haben mag, dürfte der Bericht der Schulpflege über das Jahr 1902 treffend wiedergeben. Er sagt unter anderem:

«Konnte und durfte in den letzten Jahren kein Bericht über unser Schulwesen erstattet werden, ohne das auf die immer unleidlicher werdenden Verhältnisse in den Schulräumlichkeiten hingewiesen und die Notwendigkeit einer durchgreifenden Abhilfe betont wurde, so darf



Der fertige Bau im Jahre 1904.

jetzt festgehalten werden, dass die Erstellung eines neuen Schulhauses aus dem Stadium der nebelhaften Projekte herausgetreten ist. Der erste Spatenstich ist getan, der Bau hat begonnen! Wohl schien die Wahl des Platzes eine Zeit lang Verstimmung und gegenseitige Verbitterung unter der Einwohnerschaft hervorzurufen. Der nachfolgende Beschluss der Gemeindeversammlung hat bewiesen, dass Aarburgs Bürgerschaft auf das Recht, in solchen Sachen eine eigene Überzeugung zu haben und diese mit Nachdruck vertreten zu dürfen, nicht verzichten will. Sie besitzt dagegen Patriotismus und Schulfreundlichkeit genug, um in der Hauptsache einig zu gehen und scheut selbst bedeutende Opfer nicht, wenn es gilt, ein grosses, gemeinnütziges Werk durchzuführen.»

Die Bauarbeiten wurden im Laufe des Spätsommers 1904 abgeschlossen; die Einweihung erfolgte am 2. Oktober, und am 2. November wurde der Unterricht in den neuen Räumen aufgenommen. —

Der Vollständigkeit halber sei erwähnt, dass sich die Baukosten auf rund Fr. 196 000.— beliefen. Zum Vergleich: der gesamte Steuerertrag

erreichte 1904 Fr. 51638.30. — Unmittelbar nach dem Bezug des Schulhauses Hofmatt wurde mit dem Neu- und Ausbau des Schulhauses im Städtchen (heute: Rathaus) begonnen, um auch der Bezirksschule den so dringenden Schulraum zu verschaffen. Hiefür wurden Fr. 12 500.— aufgewendet. Diesem zügigen Handeln der Behörden war allerdings eine lange Leidenszeit vorangegangen. Schon 1885 wurden die ungenügenden Raumverhältnisse an der Bezirksschule und der mangelhafte Zustand einzelner Bauteile gerügt, so dass man vorübergehend erwog, einen kleineren Schulhausneubau zu wagen. Verschiedene Gründe vereitelten die Verwirklichung dieser Absicht. Lassen wir den Gemeinderat sprechen (1889):

«Wie bekannt, mahnten Schulpflege und obere Schulbehörden schon seit Jahren, für die Änderung und Instandstellung der sich in einem bedenklichen Zustand befindlichen Aborte der Schulhäuser zu sorgen. Zwar befasste sich der Gemeinderat schon früher mit dem Gedanken einer gründlichen Renovation des Schulhauses, verbunden mit dessen gleichzeitigem Um- und Ausbau.

Geplant war, die Klassenzimmer neu zu gestalten, einen Zeichnungssaal und ein Bibliothekszimmer einzubauen, das Archiv zu vergrössern und die Abtrittanlagen neu zu bauen. Während den Unterhandlungen zur Anfertigung der nötigen Pläne stürzte der untere Teil der Aborte zusammen.»

Dieser Bauteil musste naturgemäss sofort instandgestellt werden, die übrigen Um- und Ausbauten erfolgten in den Jahren 1904/1905.

Disziplin der Schüler

Wie es mit der Disziplin der Schüler stand, mögen die nachfolgenden Darlegungen (aus einem Bericht der Schulpflege) zeigen:

«Wegen des Betragens der Schüler musste die Schulpflege nach zwei Seiten einschreiten. Wiederholt kam es vor, dass Kinder bis in die Nacht hinein, oder auch Sonntags während des Gottesdienstes, sich lärmend auf der Strasse herumtrieben. Grössere Schüler hatten angefangen, sich in Wirtschaften zu schleichen, wo ihnen in gesetzwidriger Weise Alkohol verabreicht wurde. Die Polizei ist angewiesen worden, gegen beide Ausschreitungen energisch vorzugehen. Die Eltern werden dringend ermahnt, in ihrem eigenen Interesse ein wachsames Auge auf die heranwachsende Jugend zu halten und namentlich Fälle letzterer Art zur Anzeige zu bringen, damit auch die schuldigen Erwachsenen dem Richter verzeigt werden können.»

Dass Schulvergehen von den Schulbehörden unzweifelhaft geahndet wurden, ist einer Bemerkung zu entnehmen, die im Rechenschaftsbericht der Schulpflege nachzulesen ist:

«Ein einziger Bürgerschüler hat sich durch wiederholte Absenz den zweifelhaften Ruhm erworben, nicht bloss ganz bedeutende Geldbussen zahlen zu müssen, sondern noch 3 Tage im Schatten des Bezirksgefängnisses zubringen zu können.»

Indessen nicht bloss Schüler, welche sich unbotmässig zeigten, wurden

hart angefasst. So findet sich im Bericht der Kirchenpflege unter anderem folgende Bemerkung:

«Eine Weibsperson, die durch ihr sittenloses Leben der Gemeinde Ärgernis gab, wurde dem Gemeinderat zur weiteren Amtshandlung überwiesen, welcher dann die nötigen Schritte zur eventuellen Ausweisung einleitete.»

Was man sich unter sittenlosem Leben vorzustellen hat, bleibe der Phantasie des Lesers überlassen.

Bürgerliche Fortbildungsschule und Handwerkerschule

Die *bürgerliche Fortbildungsschule* wie auch die *Handwerkerschule* waren Institutionen, welche die Weiterbildung beziehungsweise die Ausbildung von der obligatorischen Schulpflicht entlassenen Jugendlichen zum Ziele hatten. Der Unterricht an der Fortbildungsschule wurde an zwei Abenden, jeweils von acht bis zehn Uhr, erteilt. Unterrichtsfächer an der Fortbildungsschule waren Lesen und Aufsatz, 2 Stunden wöchentlich, praktisches Rechnen und Buchführung 1 Stunde, Vaterlands- und Verfassungskunde 1 Stunde. Es teilten sich in den Unterricht zwei Lehrkräfte; sie wurden für ihre Arbeit mit Fr. 1.50 je Stunde entschädigt. Offenbar hatten die Handwerkerschüler den Unterricht am Sonntag zu besuchen; jedenfalls rügt das Pfarramt in seinem Bericht über das Jahr 1894:

«Im Interesse des kirchlichen Lebens und der sittlich/religiösen Fortbildung der Jugend ist es zu bedauern, dass der Besuch der Handwerkerschule es einer grossen Zahl von Jünglingen nur ganz selten möglich macht, an Sonntagen zur Kirche zu gehen. Wenn auch die Verlegung des Unterrichts auf einen Wochentag vorderhand nicht durchführbar erscheint, sollte es doch möglich sein, wenigstens im Wintersemester den Vormittag mit dem Nachmittag zu vertauschen.»

Welche Berufe übten die Handwerkerschule aus? Wir finden folgende

verzeichnet (1892): 6 Schreiner, 3 Zimmerleute, 1 Drechsler, 4 Schlosser, 4 Mechaniker, 1 Schmied, 1 Kesselschmied, 1 Spengler, 1 Mühlemacher, 1 Sattler, 1 Maurer.

Dass es mit dem Lerneifer der jungen Leute nicht immer zum Besten bestellt war, erhellt aus einem Bericht des Vorstandes der Handwerkerschule. Da ist unter anderem nachzulesen:

«Während die einen erfreulichen Fleiss und Aufmerksamkeit an den Tag legen, kann anderen dieses Zeugnis nicht gegeben werden. Sie kommen, weil sie von Eltern oder Lehrmeistern dazu gezwungen werden oder benutzen jeden geringsten Anlass, um wegzubleiben. Sobald nun ein Jüngling seine Lehrzeit hinter sich hat, tritt er aus und glaubt sich schon zu gelehrt, um noch etwas dazu lernen zu können. In Deutschland und in grösseren Orten in der Schweiz findet man aber gerade Gesellen als die tüchtigsten Schüler der Handwerkerschulen. Die Deutschen wissen eben, dass nur tüchtig geschulte Leute vorwärts kommen und deshalb nehmen sie auch in unserem Schweizerlande die besten Plätze vorweg, während unsere Arbeiter nur jammern und nichts lernen wollen» (!).

Wohl dürfte dieses Urteil doch zu einseitig ausgefallen seien. Eine Erkenntnis hat aber auch heute noch ihre Gültigkeit: nur wer sich beharrlich und stetig weiterbildet, hat Aussicht darauf, beruflich aufzusteigen.

Dass die bürgerliche Fortbildungsschule von den zu ihrem Besuch verpflichteten jungen Männern oft unter einem fadenscheinigen Vorwand geschwänzt wurde, erstaunt nicht. Da waren tagsüber neun bis elf Stunden harte körperliche Arbeit zu leisten, um anschliessend, von 7 bis 10 Uhr abends, noch die Schulbank zu drücken. Zudem war der Unterrichtsstoff nicht dazu angetan, zu eifrigem Lernen anzuspornen. Und schliesslich mag der damals offenbar weit verbreitete Schnapsgenuss lähmend auf die Aufnahmefähigkeit der Schüler beigetragen haben. Jedenfalls lässt sich der Bericht der

Schulpflege aus dem Jahre 1889 dazu wie folgt zu vernehmen:

«Die Wahrnehmung, dass Fortbildungsschüler nach oder sogar vor dem Unterricht sich dem Schnapsgenuss ergeben, wirft die früher gestellte Frage wieder auf, ob nicht der Unterricht wenigstens teilweise auf Tagesstunden verlegt werden sollte, wie das in anderen Gemeinden üblich ist.»

Die vorstehenden Schilderungen können den Leser zum Schluss verleiten, Fortbildungs- wie Handwerkerschule seien untaugliche Mittel zur Ausbildung der jungen Leute gewesen. Dem war beileibe nicht so. Das ganze Umfeld dieser Schulinstitution wirkte erschwerend auf den Schulbetrieb. Jedenfalls erklärten sich die Prüfungsexperten, welche den Schulbetrieb zu überwachen hatten, über die Leistungen meist befriedigt — wobei die Frage offen bleiben mag, welchen Massstab sie anlegten.

Auf einen Übelstand in den Schulverhältnissen weist die Schulpflege in ihrem Bericht zum Jahre 1894 hin:

«Es mangelt ein geeigneter Badeplatz für die Mädchen. Für das Jahr 1895 sieht sich die Schulpflege ausserstande, den Mädchen einen Badeplatz anzuweisen, es wäre denn, dass in der «Meitlihöll» (wie sinnig!) Vorrichtungen zum Schutze gegen die Strömung und auch gegen unbefugte Eindringlinge angebracht würden.»

Einige wenige Jahre später (1897) wurde, wie es im Bericht der Schulpflege heisst, «eine provisorische Badanstalt am Mühleleichen, unterhalb des Bahnüberganges, eingerichtet, die sich bisher gut bewährt hat».

Steuerwesen

Dem mit dem heutigen Geschehen einigermaßen vertrauten Leser ist bekannt, dass die hohen Steuerausstände den Behörden Sorge bereiten. Zweifellos ist es kein Trost, zu wissen, dass es in dieser Hinsicht vor rund 100 Jahren um nichts besser

bestellt war. So sah sich der Gemeinderat Ende der achtziger Jahre des vorigen Jahrhunderts veranlasst, *«die hohen Steuerrückstände zu rügen. Die Sache kann nicht länger so fortgehen. Wenn in einer Gemeinde die Steuern nicht rechtzeitig eingehen, stört das das Gleichgewicht der Finanzen. Der Gemeinderat behält sich deshalb vor, in Zukunft strengere Massregeln in dieser Hinsicht zu ergreifen, hauptsächlich gegen solche Steuerschuldner, denen gegenüber kein Rechtsmittel mehr zulässig ist, sei es durch Verhängung des Wirtshäuserverbotes, sei es durch Ausweisung aus der Gemeinde.»*

So viel zu den Praktiken der Steuereintreibung in vergangenen Zeiten. Zu bemerken ist dabei, dass der gesamte jährliche Steuerertrag der Einwohnergemeinde sich 1893 auf rund Fr. 25 000.— belief.

Wasserversorgung

Sind wir uns bewusst, wie bequem wir es heute haben bezüglich der Versorgung mit einwandfreiem *Trink- und Brauchwasser*? Dem war zu Ende des ausgehenden 19. Jahrhunderts nicht so. Mehr oder weniger regelmässig erscheinen in den Verwaltungsberichten des Gemeinderates Bemerkungen folgender Art:

«Infolge anhaltender Tröckne versagten Stadt- und Vorstadtbrunnen während mehreren Wochen ihren Dienst; beim Landhaus musste wieder eine Notpumpe erstellt werden.»

Besonders arg müssen die Verhältnisse im Sommer 1893 gewesen sein; so wird dazu berichtet, der Stadtbrunnen habe längere Zeit nur spärlich Wasser geliefert, während der Vorstadtbrunnen völlig abgestanden sei. Man musste sich mit Notbrunnen behelfen und zwar in der Weise, dass im Gebiete der Landhäuser, an der Aare, der dort in reichlichem Masse zu Tage tretende «Hägeler» gefasst wurde. Die Trockenheit wirkte sich auch anderweitig nachteilig aus: in den auf Wasser-



Der ehemalige Vorstadtbrunnen, der renoviert und neben der Migros aufgestellt wurde.

kraft angewiesenen Gewerbe- und Industriebetrieben konnte nur mit Unterbrüchen gearbeitet werden. Man muss sich bewusst sein: ein eigentliches Wasserleitungsnetz, das sämtliche Liegenschaften mit Wasser versorgte, gab es noch nicht. Erst zu Ende der neunziger Jahre des vorigen Jahrhunderts wurden die Voraussetzungen für eine gemeindeeigene Wasserversorgung geschaffen. —

Der Vorstadtbrunnen muss in den Jahren 1887 und früher in einem bedenklichen Zustand gewesen sein. Wir vernehmen darüber in einem Bericht des Gemeinderates:

«Dieser sonst so schöne und prächtige Brunnen fing in den letzten Jahren an, bei trockenem Wetter fast abzustehen und bei Regenwetter sich zu trüben. Es liefen deswegen beim Gemeinderat stets Klagen ein, hauptsächlich in der Richtung, der Brunnen liefere kein reines Quellwasser mehr, sondern vielmehr nur Bachwasser. Um der Sache auf den Grund zu gehen, wurde die untere Brunnenstube aufgegraben und ein Teil der Zuleitung geöffnet. Dabei stellte sich heraus, dass die nur aus Brettern bestehende Brunnenstube vollständig eingestürzt war. Des weitern musste festgestellt werden, dass die eigentliche hölzerne Brunnenleitung schadhaft war. Dennoch floss der Brunnen weiter, so dass die Vermutung besteht, es sei Bachwasser in die Brunnenstube gelangt.»

Nun, der Brunnen wurde instandgestellt, damit er seinen Dienst wieder versehen konnte.

Aus dem Rechenschaftsbericht 1895/EG

Während des Baues des Elektrizitätswerkes in Ruppoldingen hatten sich in unserer Gemeinde zahlreiche fremde Arbeiter, meistens Italiener, angesiedelt; sowohl von der Steuerkommission als auch vom Gemeinderat wurde die Frage der Besteuerung dieser fremden Elemente eingehend geprüft. Der Gemeinderat beschloss, von jedem fremden Arbeiter eine monatliche Gemeindesteuer von 50 Rappen zu erheben, doch stiess man beim Bezüge der Steuern von dieser ambulanten Bevölkerung auf solche Schwierigkeiten, dass dem Beschluss nur in wenigen Fällen nachgelebt werden konnte.

Solange nicht durch das Gesetz bezügliche Vorschriften erlassen werden, wonach zum Beispiel der Arbeitgeber verpflichtet ist, die Steuer seiner fremden Arbeitskraft zu entrichten, wird es schwer fallen, hier Abhilfe zu schaffen. Andererseits sind durch die Ansiedlung dieser zahlreichen Arbeitskräfte den hiesigen Einwohnern namhafte Vorteile erwachsen, welche den Steuerausfall mehr als decken werden.»

Der Gemeinderat musste häufig wegen Übertretungen des Fremdenpolizeigesetzes strafend einschreiten. Ausgesprochene Bussen waren schwer erhältlich. Viele Arbeiter zogen es vor, wieder abzureisen, ohne die Papiere zurückzuziehen, um so der Bezahlung allfälliger Forderungen der Gemeinde enthoben zu sein.

Öffentliche Beleuchtung

Aufgrund des Konzessionsvertrages wurde mit dem Elektrizitäts-Werk Olten-Aarburg ein Spezialvertrag über die elektrische Strassenbeleuchtung abgeschlossen.

«Es kann erwartet werden, dass die neue Beleuchtungsanlage im Sommer 1896 erstellt und in Betrieb genommen werden wird.»

Es fanden auch Unterhandlungen statt betreffend Installation der

elektrischen Beleuchtung im Schulhaus und in der Turnhalle, doch musste diese Absicht mit Rücksicht auf die entstehenden hohen Kosten vorerhand aufgegeben werden.

Im Berichtsjahr (1891) wurde von der Einwohnergemeinde die Einführung der elektrischen Strassenbeleuchtung beschlossen. Sie gelangte auf den 1. Januar 1892 in Betrieb. Mit dem Übernehmer dieser Anlage beziehungsweise dem Lichtabgeber, Herrn Hans Lüscher, Holzhändler, ist die jährliche Entschädigung auf Fr. 2200.— vereinbart worden.

«Bezüglich der elektrischen Strassenbeleuchtung, welche im Berichtsjahr (1893) einige Zeit durch die alte Petrolbeleuchtung ersetzt worden und überdies hie und da zu wünschen übrig liess, ist darauf aufmerksam zu machen, dass infolge des ausserordentlich trockenen Sommers der Lichtabgeber genötigt war, zur Erzeugung der nötigen Kraft fast ausschliesslich Dampf zu verwenden, was mit ganz bedeutenden Kosten verbunden war.»

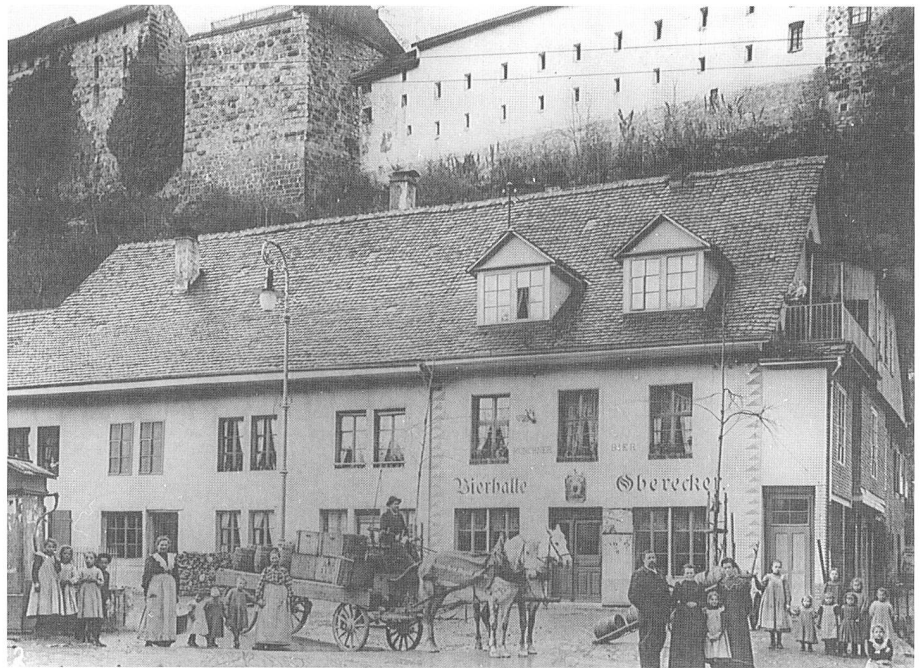
Im Laufe des Jahres 1896 wurde die öffentliche Beleuchtungsanlage vom Elektrizitäts-Werk Olten-Aarburg erstellt.

«Mit den eisernen, schlanken Trägern der Bogenlampen präsentiert sich die Anlage in vorteilhafter Weise. Der Betrieb der Anlage, bestehend aus 8 Bogenlampen und 18 Glühlichtern, geht auf den 1. Januar 1897 an das Elektrizitätswerk über.»

Zur Zeit plant die Schweizerische Centralbahn die Erstellung und den Betrieb einer Bogenlampe auf dem Bahnhofplatze sowie die Einrichtung der elektrischen Beleuchtung im Bahnhof.»

28. Oktober 1894

«Durch die Zeichnung eines Aktienkapitals von Fr. 20 000.— zu Gunsten des E. W. O.-A. in Ruppoldingen hat die Gemeinde gezeigt, welches grosse Interesse sie an der Erstellung des Werkes nimmt. Wir hoffen, dass die Erwartungen, welche Aarburg und Umgebung von der Bedeutung



Strassenlampe vor der ehemaligen Bierhalle Oberecker, heute «Herbie's Musiccafé».

dieser Anlage hegen, sich in jeder Beziehung bewahrheiten werden und das Werk unserer Gegend zum Segen gereichen werde. Durch gleichzeitige Sicherstellung von 50 Pferdekraften zum Selbstkostenpreise können Aarburg voraussichtlich später namhafte Vorteile erwachsen.»

30. Juni 1895 /

Einwohnergemeindeversammlung

Erteilung der Konzession an das E. W. O.-A. für Abgabe elektrischer Kraft zu Beleuchtungs- und technischen Zwecken.

Aus dem R-Bericht 1895/EG

«Laut Beschluss der Gemeinde vom 3. März wurde zur Erwerbung der 40 Aktien des E. W. O.-A. bei der Allgemeinen Aargauischen Ersparniskasse in Aarau ein Anleihen von Fr. 20 000.— aufgenommen, das zu 3³/₄% zu verzinsen ist mit einer gleichzeitigen jährlichen Amortisation von mindestens 2¹/₄%. Zu hoffen ist, der Ertrag der Aktien werde ausreichen, um das Kapital zu verzinsen und die Amortisation zu leisten.»

Nach der eidgenössischen Volkszählung vom 1. Dezember 1888 zählte die Gemeinde auf diesen Tag 2076 Einwohner und 431 Haushaltungen.

Mit dem 1. Juni (1894) wurde auch hier die mitteleuropäische Zeit eingeführt und zugleich die Mittagszeit von 11 auf 12 Uhr und das Abendläuten von 3 auf 4 Uhr verlegt. Die gesamte Bürgerschaft gewöhnte sich ziemlich rasch an diese Änderungen.

Die Einführung der mitteleuropäischen Zeit brachte für die Schulen etwelche Unannehmlichkeiten. Für die Monate Dezember und Januar, also in den kürzesten Tagen, konnte den Anforderungen des Lehrplanes betreffend die Zahl der Unterrichtsstunden nicht anders genügt werden, als dass man diese um einige Minuten kürzte. Dagegen mag die nun etwas längere Mittagspause für die Schüler in gesundheitlicher Hinsicht von Vorteil gewesen sein und namentlich den auswärts wohnenden Schülern gedient haben.



Der ehemalige Polizeiposten auf dem Centralplatz, abgebrochen 1916/17. Heute Arztpraxis Dr. Haller.